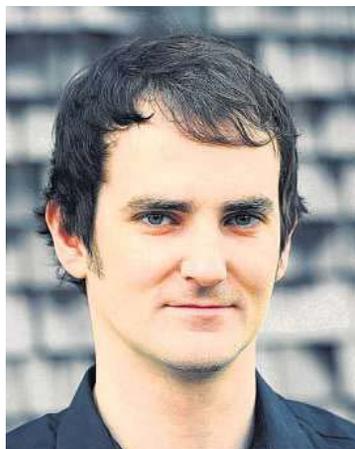


Europäische Kleinstaaten im Bann der Krise



Von Andreas Brunhart*

Im momentanen Diskurs um äussere und innere Einflüsse, welche in jüngerer Vergangenheit auf die liechtensteinische Volkswirtschaft und den Staatshaushalt gewirkt haben, lohnt sich ein empirischer Blick auf andere Kleinstaaten und weitere, weitgehend unabhängige Territorien in Europa. Auch wenn die Kleinheit per se eine höhere konjunkturelle Sensitivität mit sich bringt, sind die individuellen Verletzlichkeiten der betrachteten Kleinstvolkswirtschaften unterschiedlich geartet: Während einige in hohem Masse von Fischpreisen und -fängen oder stark vom Tourismus abhängig sind, spüren fast alle den internationalen Druck auf finanzdienstleistungsbezogene Nischenvorteile. Auch reagieren die meisten wegen ihres verhältnismässig grossen und international stark vernetzten Bankensektors höchst sensibel auf Turbulenzen an Finanzmärkten. Zudem ist der Industriesektor von Kleinstaaten, die verstärkt auch industrielle Nischen erschlossen haben, externen Nachfrageschocks vergleichsweise stärker ausgesetzt.

Diese Verletzlichkeiten waren besonders ausgeprägt in der Finanzkrise. So war der krasse Einbruch des realen Bruttoinlandsprodukts Liechtensteins mit minus 11 Prozent im Jahr 2009 kein Einzelfall: Åland (-10 %), Andorra (-7 %), Färöer (-7 %), Guernsey (-3 %),

Island (-7 %), Jersey (-6 %), Luxemburg (-6 %), Malta (-3 %), Monaco (-12 %), San Marino (-12 %). Fast alle dieser Staaten, auch Liechtenstein, haben das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. Interessant ist, dass die Kleinstaaten dabei nicht nur stärker, sondern auch früher vom Einbruch betroffen waren als ihre grösseren Nachbarstaaten. Auch krisenbedingte Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte, welche in Liechtenstein in Kombination mit der Steuerreform und Finanzplatzreformen zu Sparbemühungen geführt haben, sind in fast allen Kleinstaaten zu beobachten. Diese haben entweder zur Ausweitung öffentlicher Verschuldung geführt wie in Andorra, Färöer, Island, Luxemburg, Malta und San Marino oder zum Abbau öffentlichen Vermögens wie in Guernsey, Liechtenstein und Monaco.

«Kleinstaaten können schneller reagieren»

In Liechtenstein wurde die Beschäftigung weiter ausgebaut. Dies trotz des starken Frankens, welcher die Exportwirtschaft zusätzlich belastete – alle anderen Kleinstaaten litten in der Krise unter keiner starken Heimwährung. Die Arbeitslosigkeit blieb auch zum Höhepunkt der Krise unter tiefen 3 Prozent, während die Arbeitsmärkte in anderen Kleinstaaten ungleich stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden. Extreme Beispiele sind Andorra, Färöer, Island, Luxemburg und San Marino, deren Arbeitslosenrate von unter 3 bis 4 auf etwa 7 Prozent anstieg.

Ein Teil der konjunkturellen Wachstumseinbussen hat sich vom kurzfristigen Ausreisser zum dauerhaften Strukturbruch im Wachstumspfad manifestiert. So fand in vielen Kleinstvolkswirtschaften

eine Reduktion der Anzahl Unternehmen und ein nachhaltiger Verlust von Arbeitsplätzen statt. In Andorra und San Marino hat die Beschäftigung seit 2006 um dramatische 15 respektive 7 Prozent abgenommen. Als Folge daraus ist für diese Staaten wie auch für Färöer und Island auch der Emigrationsdruck zeitweilig ein Problem geworden, ganz im Gegenteil zu Liechtenstein. Zudem kann in fast allen Kleinstaaten eine nachhaltige Schrumpfung des Bankensektors durch den Abbau von Überkapazitäten aus dem Vorkrisenboom und den als Folge der Krise noch stärkeren internationalen Transformationsdruck in Steuerangelegenheiten beobachtet werden.

Kleinstaaten haben ein geringes wirtschaftspolitisches Potenzial zu konjunktureller Abfederung. Daher sollten strukturelle Faktoren des langfristigen Wachstums in den Vordergrund treten. Auch wenn der Handlungsspielraum bei fortschreitender regulativer Internationalisierung tendenziell kleiner wird, liegt der eigentliche Trumpf kleiner Volkswirtschaften nach wie vor in der Handlungsschnelligkeit. Sie werden von internationalen Krisen zwar härter getroffen, können in der Interaktion von Wirtschaft und Politik aber schneller und flexibler reagieren. Auch deshalb sollten wirtschaftspolitische Leitlinien und deren fortlaufende Anpassung in einem Kleinstaat wie Liechtenstein nicht als Staatsinterventionismus abgetan werden, solange sie das Unternehmertum nicht zu sehr einschränken. Diese Diskussion volkswirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Ziele sollte stärker geführt werden, pragmatisch offen und ungeachtet zu erwartender innenpolitischer Konfliktlinien. Zugegebenermassen sind solche breit angelegten Konsensfindungen nicht einfach und in Liechtenstein gerade im Angesicht schwieriger wirtschaftlicher Zeiten eher Neuland.

*Andreas Brunhart ist Forschungsbeauftragter des Liechtenstein-Instituts.